Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3893.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 626. **Dienstag** den 9. Dezember 1902. **96. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 9. Dezember.

Die Verständigung über die Zolltarifvorlage.

Die Gegner der Verständigung über die Zolltarifvorlage auf der Grundlage des Antrages von Kardorff haben in den letzten Tagen schmerzliche Enttäuschungen erleben müssen. Während die Agitatoren der Leitung des Bundes der Landwirte sich bei den Versuchen, die Landwirte gegen die Verständigung und die daran beteiligten Abgeordneten aufzustacheln, mit Vorliebe auf die früheren Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrates berufen, hat bekanntlich der Ausschuß dieser Körperschaft, der die geordnete Vertretung der ganzen deutschen Landwirtschaft darstellt, in seiner jüngsten Tagung seine Zustimmung zu der Verständigung über die Zolltarifvorlage erklärt und diese seine Auffassung durch den nachdrücklichen Hinweis auf die großen Vorteile, welche dadurch der deutschen Landwirtschaft über die Regierungsvorlage hinaus erwachsen, begründet. Damit ist den extrem-agrarischen Agitationen gegen das Zustandekommen der Zolltarifvorlage das zugkräftigste Argument entzogen. Umgekehrt ist sowohl in der freihändlerischen Presse, wie von einzelnen, besonders freihändlerischen Handelskammern die bestimmte Erwartung ausgesprochen worden, daß der in den letzten Tagen zusammengetretene Ausschuß des Deutschen Handelstages auf das nachdrücklichste gegen die Annahme des Antrages Kardorff wie des Zolltarifs überhaupt protestieren werde. Von einem solchen Protest ist aber nicht die Rede; es verlautet im Gegenteil von zuverlässiger Seite, daß in diesem Ausschuß mit 20 gegen 14 Stimmen ein Antrag auf Zustimmung zu der Verständigung über die Zolltarifvorlage auf der Grundlage der Regierungsvorlage angenommen worden sei, daß man aber mit Rücksicht auf die Stärke der Minorität von der Verlautbarung dieser Stellungnahme nach außen abzusehen beschlossen habe. Dieser Verlauf der Erörterung der Zolltarifvorlage im Ausschusse des Deutschen Handelstages ist um so bemerkenswerter, als in dieser Körperschaft bekanntlich zwar der Handel vollständig, die Industrie aber nur lückenhaft vertreten ist, weil ihr die großen industriellen Verbände, die, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller, durchweg auf dem Boden der Zolltarifvorlage stehen, nicht angehören. Die Stellungnahme des Deutschen Handelstages entzieht daher den freihändlerischen Behauptungen, daß Handel und Industrie in dem Kampfe gegen die Zolltarifvorlage auf ihrer Seite wären, vollständig den Boden, und es zeigt sich, daß die vereinbarte Zolltarifvorlage in der Tat die mittlere Linie darstellt, auf der die Interessengegensätze zwischen den großen Zweigen des heimischen Erwerbslebens sich ausgleichen lassen. Wenn endlich die Wortführer der Freisinnigen Vereinigung auf ihrem Parteitage für ihre Gruppe in Anspruch genommen haben, daß sie allein die wirklichen Liberalen wären und auch lediglich aus idealen Rücksichten und aus reiner Arbeiterfreundlichkeit die Zolltarifvorlage und die dabei nach ihrer Meinung hervorgetretene Interessenwirtschaft bekämpften, so werden sie nicht gerade mit besonderer Freude wahrnehmen, daß die sozialdemokratische Presse für die Sozialdemokraten allein das Verdienst in Anspruch nimmt, den Zolltarif aus Rücksichten des Gemeinwohls zu bekämpfen, die Bundesgenossenschaft der Freisinnigen Vereinigung mit ihnen aber lediglich auf den Umstand zurückführt, daß die Anhänger der Freisinnigen Vereinigung völlig einseitig die Interessen der Ausfuhrindustrie (aber auch dies ist eine Fiktion) vertreten. Diese geringschätzige Behandlung seitens der Sozialdemokratie wird sie freilich auch in der Folge nicht hindern, diesen, selbst auf die Gefahr hin, die Existenzfähigkeit des Parlamentarismus in Deutschland zu gefährden, Handlangerdienste zu leisten.

Welfen, Elsässer, klerikale Agrarier und die parlamentarische Lage.

Gerade weil man recht selten an den Auslassungen welfischer Organe Freude haben kann, zwingt die Gerechtigkeit, es zu konstatieren, wenn es einmal der Fall sein kann. Das welfische Hauptorgan ist mit dem Antrage auf Abänderung des § 44 der Geschäftsordnung des Reichstags in der von den Mehrheitsparteien beliebten Form allerdings nicht einverstanden, aber es erklärt zugleich:

„Eine Abänderung der Geschäftsordnung in anderer Form war kaum mehr zu umgehen bei der fortgesetzten Tätigkeit der Obstruktionisten, dem Geiste der Geschäftsordnung, die doch nur dazu dienen soll, die Geschäftsführung des Reichstages und die Ordnung innerhalb des Hauses aufrecht zu erhalten, Gewalt anzutun. Die Verminderung der Rechte der Reichstagsabgeordneten, insonderheit der Minderheit, welche indirect also auch eine Beschränkung der Volksrechte bedeutet, hat das deutsche Volk ausschließlich den Sozialdemokraten und deren Verbündeten, der Freisinnigen Vereinigung, zu verdanken, welche in unerhörter Weise die Mehrheit terrorisierten."

Es ist leicht begreiflich, daß gerade die Welfen, die, einerlei ob sie einmal ein paar Sitze gewinnen oder verlieren, naturgemäß immer eine kleine Partei bilden und die ebenfalls naturgemäß meist der Opposition und der Minderheit angehören, eine Beschränkung der Rechte der Minderheit bitter empfinden. Wenn also auch die Klage des Welfenorgans dem Egoismus, freilich einem berechtigten, entspringt, so ist es doch sehr anzuerkennen, daß das Organ wenigstens bei dieser Gelegenheit nicht nach der Art der Sozialdemokratie auf die Anarchie spekuliert, sondern im Gegenteil die Herbeiführer anarchischer Zustände offen anklagt. Aus demselben Grunde ist es anerkennenswert und erfreulich, daß der „Elsässische Volksbote", dessen Anhänglichkeit an das Reich nicht über allen Zweifel erhaben ist, noch energischer den Obstruktionisten den Standpunkt klar macht. Das Blatt schreibt:

„Was sich heute im Reichstage breit macht, ist nicht mehr eine um ihre Rechte kämpfende Minderheit, sondern ein Rowdiertum, das um kein Mittel verlegen ist. Für solche Gesellschaft danken die elsässischen Abgeordneten und kein Rechtdenkender kann es ihnen verübeln, daß sie das Tischtuch schleunigst entzweigeschnitten haben."

Welfen und Elsässer zu zwingen, einer Mehrheit, die ihrem Hauptbestandteile nach aus den alten nationalen Kartellparteien besteht, Recht zu geben, — dies fertig gebracht zu haben, ist ein großes Kunststück der Sozialdemokraten und ihrer Verbündeten. Je mehr es nun anzuerkennen ist, daß Welfen und Elsässer Wahrheit und Anständigkeit über ihren Haß gegen das Reich siegen lassen, desto bedauerlicher ist es, daß das Organ des katholischen rheinpreußischen Adels in seinem Hasse gegen die Industrie und in seinem Ueberagrarientum Verdächtigungen gegen die Mehrheitsparteien ausspricht. Die „Rheinische Volksstimme" unterstellt, daß „gewisse industrielle Kreise" mit der Obstruktion der Sozialdemokratie „gerechnet", also gewissermaßen bei dieser Obstruktion die Hand im Spiele gehabt hätten. Als Beweis dafür führt das Blatt an, Konservative und Mitglieder des Zentrums hätten offen zugestanden, daß die Verständigung zwischen Mehrheitsparteien und Regierung nur mit Hülfe der sozialistischen Obstruktion möglich geworden wäre. Das Blatt übersieht, daß denn doch ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen einem Zufall, der der Verständigungsaction zu gute kam, und der absichtlichen Herbeiführung oder Förderung der Obstruktion, wofür auch nicht der Schatten eines Beweises vorhanden ist. Die Lust des Blattes am Fabulieren ergibt sich auch aus der Behauptung, daß diejenigen Führer der Sozialdemokratie, „welche im geheimen Einverständnis mit den handelsvertragswütigen Industrieparteien standen, die Fortdauer der Obstruktion bedauerten". Wenn dies der Fall wäre, so wäre es doch sonderbar, daß die Freisinnige Vereinigung, die offen „handelsvertragswütig" ist, die Obstruktion noch immer mitmacht. Freilich ist es sicher — und das sieht eben die Freisinnige Vereinigung leider nicht ein —, daß der Abschluß neuer Handelsverträge durch die Obstruktion nicht erleichtert, sondern erschwert wird, aber von Intrigen kann nicht die Rede sein, sondern nur von Borniertheit. Daß aber Borniertheit eine Gottesgabe ist, deren sich auch Leute erfreuen, die das Gegenteil von „handelsvertragswütig" sind, dafür liefert die „Rheinische Volksstimme" den schlagenden Beweis.

Die Indiskretionen Rumbolds.

In der gestrigen Sitzung des englischen Oberhauses führte Lord Lansdowne in einer Erwiderung auf Fragen, betreffend den jüngsten Artikel des früheren Botschafters in Wien, Horace Rumbold, in der „National Review", aus, Rumbold habe sowohl ein Buch, als auch den Artikel in der Zeitschrift veröffentlicht. Der Redner gab zu, daß der Inhalt des Buches harmlos sei, jedoch nicht der Inhalt des Artikels, der einen Bericht enthalte über eine interessante und wichtige Unterredung Rumbolds mit dem Kaiser von Oesterreich über amtliche Angelegenheiten, sowie einen Bericht über Korrespondenzen mit der österreichisch-ungarischen Regierung in einer äußerst wichtigen und heiklen Angelegenheit, in welche auch der Name der Königin Viktoria verwickelt sei. Als Rumbold dem Auswärtigen Amte diese Angelegenheiten mitteilte, habe er beide Nachrichten als vertraulich bezeichnet, und die Regierung würde gewiß niemals daran gedacht haben, dieselben zu veröffentlichen, ohne vorher die Zustimmung der österreichischen Regierung erlangt zu haben. Um so mehr hätte Rumbold das Auswärtige Amt um seine Zustimmung angehen müssen, bevor er auf eigene Faust die Veröffentlichung unternahm. Eine der Folgen der Veröffentlichung des Artikels sei eine Interpellation im Wiener Reichsrat gewesen, die für die österreichisch-ungarische Regierung äußerst peinlich gewesen sei. Die Veröffentlichung sei indiskret und tadelnswert gewesen; er sei aber nicht der Ansicht, daß Rumbold sich mit dieser Indiskretion eines Vertrauensbruches schuldig gemacht oder sich von unlauteren Motiven habe leiten lassen. Lansdowne schloß: „Ich nehme gern die Versicherung Rumbolds an, daß er nicht für den Zufall verantwortlich ist, infolge dessen der Artikel zu einem sehr ungelegenen und sehr unglücklich gewählten Zeitpunkt erschienen ist. Die Regierung beabsichtigt, eine neue Verordnung zu erlassen, durch die es vollständig klargestellt wird, daß die Mitglieder des diplomatischen Korps ohne ausdrückliche Genehmigung des Auswärtigen Amtes keine Berichte über Vorgänge des Landes, in dem sie beglaubigt sind oder waren, veröffentlichen dürfen, noch auch irgendwelche Nachrichten, die sie in amtlicher Eigenschaft hinsichtlich der betreffenden Regierung erhalten haben. Diese Beobachtung des Geheimhaltens muß gleicherweise auch dann gewahrt werden, wenn der Diplomat aus dem Amte geschieden ist. Ich bin überzeugt, daß die Verordnung gebührende Beachtung finden wird."

Der Skandalprozeß Wolf-Schalk,

der bekanntlich mit der Verurteilung Dr. Schalks wegen schwerer Beleidigung Wolfs endete, dem er u. a. Bestechlichkeit und Untreue gegen seine eigene Partei vorgeworfen hatte, wird in der „Zeit" mit scharfem Sarkasmus kommentiert. Das neue Wiener Blatt schreibt unter anderem: Am schlechtesten weggekommen sind die von der Partei Schönerer die publizistischen Werkzeuge des Rosenauer Donnerers, der sich vorsichtig hinter dem Gewölk seiner Walhall verborgen gehalten hat. Dr. Schalk, der Dauphin der Partei, ist nicht bloß von den Geschworenen schuldig befunden worden. Das Bild der deutschen Mannestreue, das er bot, und mit ihm alle diejenigen, die sich Wolfs agitatorische Dienste gefallen ließen, um in dem Augenblick, da dessen Popularität lästig wurde, wie die Detektivs mit langgeführten Sündenregistern gegen ihn aufzutreten, sie sind nicht nur gerichtlich verurteilt, sie sind auch moralisch erledigt. Auch Wolf, der siegreiche Ankläger, sieht übel genug aus in der Glorie seines Sieges. Ein leichtfertiger Mann (der pathetische Ankläger der Liguori-Moral ein Verführer!), ein Cato mit Schwächeanfällen, ein politischer Wortführer ohne irgendwelche Sachkenntnis, stand er da, sympathisch allein in der Verteidigung gegen den schnöden Verrat falscher Freunde. Und mit ihnen allen kompromittiert die Crème der radikalen Partei, die ihr eigenes Organ betteln gehen ließ und nicht die lumpigen paar tausend Gulden aufbrachte, das Blatt vor den drückendsten Schulden und Sorgen zu befreien. Neid, Engherzigkeit, Kleinstädterei auf allen Seiten, ein Bild zum Jammern, wenn nicht zum grausamen Lachen. Und doch wird niemand sich des Eindrucks erwehren können, daß gerade Wolf aus dem Gerichtssaal gestärkt hervorging, so daß man wohl voraussagen kann, er habe seine Rolle in Böhmen und in Oesterreich noch lange nicht ausgespielt. Denn eines ist in dem Prozeß mit voller Klarheit erwiesen worden: die Parteitreue hat Wolf gewahrt und reine Hände hat er behalten bei all der Misère eines Redakteurgehaltes von 125 Gulden monatlich; von den Bestechungen des Zuckerkartells hat er nichts gewußt, und in die Laube des Ministerpräsidenten hat er sich nicht locken lassen. Er hat gefehlt, aus Sinnlichkeit, aus Leichtsinn und politischem Unverstand; aber für den privaten Vorteil hat er seine politische Position nie ausgenutzt, und für die Mittelsmänner der Regierung war er schlechterdings unzugänglich. So selbstverständlich eigentlich das eine und so sonderbar für jedes andere Land das andere, in Oesterreich ist es ein Ehrentitel, in einflußreicher Stellung reine Hände bewahrt zu haben, und es ist ein Verdienst, welches man sich vor Gericht ausdrücklich testieren läßt, daß man zur Regierung in keine wie immer geartete Beziehung getreten ist.

Feuilleton.

8]

Der Untersuchungsrichter.

Roman von Heinrich Kornfeld.

Nachdruck verboten.

Aus den Antworten, die die ängstlich Niedergebeugte dem Untersuchungsrichter auf seine Fragen gab, wurde festgestellt, daß Karl Schwielinski im großen und ganzen bezüglich seines Zusammentreffens mit seiner Mutter die Wahrheit gesagt habe. Ganz verstört sei er in die Küche gestürmt und habe voll Entsetzen nach der Tür des Mordgemachs gewiesen. Auf ihr Klagen und Jammern und auf ihre Anklagen sei er sodann zornig geworden und habe jede Verdächtigung, die Untat begangen zu haben, mit Entrüstung zurückgewiesen. Und zuletzt sei er voll Zorn davongestürzt.

Befragt, ob sie wisse, woher das Geld stamme, das man bei ihrem Sohne vorgefunden habe, erwiderte Frau Schwielinski zunächst stotternd und sichtlich bestürzt und verlegen, daß sie darüber nichts aussagen könnte. Endlich aber, durch die Fragen des Untersuchungsrichters in die Enge getrieben, gestand sie unter vielen Tränen ein, daß ihr Sohn, bevor sie zurückgekehrt sei, und wahrscheinlich bevor er sich in das Zimmer des ermordeten Assessors begeben habe, ihre Kommode gewaltsam geöffnet und sich ihre Ersparnisse angeeignet habe.

Der Untersuchungsrichter und der Protokollführer hörten mit Interesse zu, und der letztere protokollierte eifrig.

„Ihre Aussage", nahm der Untersuchungsrichter das Wort, als die Zeugin erschöpft schwieg, „belastet Ihren Sohn freilich, doch nicht bezüglich der Sache, mit der wir uns hier beschäftigen. In dieser Richtung dient Ihre Angabe eher zur Entlastung des Beschuldigten. Wenn Ihr Sohn sich mit bösen Absichten in Bezug auf Assessor Wrede getragen hätte, würde er sich nicht damit aufgehalten haben, Ihre paar Ersparnisse an sich zu bringen, zumal er doch damit rechnen mußte, daß Sie jeden Augenblick von Ihrem Ausgang zurückkehren konnten."

Die alte Frau hob ihr tränenfeuchtes Gesicht und ein heller Schein ergoß sich über die verhärmten Züge.

„Nicht wahr", sagte sie eifrig, „nicht wahr, Herr Landrichter? Er hat's nicht getan. Meine Hand lege ich dafür ins Feuer, er hat's ganz gewiß nicht getan."

„Auch ich hoffe, daß sich seine Schuldlosigkeit herausstellen wird", sagte der Untersuchungsrichter in einem so bestimmten und fast feierlichen Tone, daß der Protokollführer ihn ganz erstaunt ansah, und daß das skeptische Lächeln, mit dem er die Beteuerung der auf die Unschuld ihres Sohnes bauenden Mutter angehört hatte, im Nu verschwand.

Auch bezüglich der Animosität des Assessors Wrede gegen Karl Schwielinski bequemte sich die vorgeladene Zeugin endlich zu einer Erklärung. Dem Herrn Assessor sei einmal eine wertvolle Kravattennadel fortgekommen, und er habe den Verdacht gehabt, daß der Sohn seiner Wirtschafterin der Dieb gewesen sei. Bewiesen sei ihm — dem Sohne — in dieser Hinsicht nichts worden. Daß er arbeitsscheu und ein moralisch nicht einwandsfreier Mensch sei, müsse sie ja leider mit Kummer zugeben. Und auch das habe den Herrn Assessor geärgert, daß der fünfundzwanzigjährige Mensch keine Arbeit gehabt und seiner armen Mutter auf der Tasche gelegen habe.

Damit war das Verhör der alten Frau beendet. Der Tag brachte nur noch die Obduktion der Leiche, die am Nachmittag von zwei Aerzten vorgenommen wurde, und bei der der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter zugegen waren. Es ergab sich, daß der Ermordete aus nächster Nähe durch einen Revolverschuß getötet worden war. Die Mordwaffe war mittleren Kalibers. Der Tod mußte auf der Stelle eingetreten sein.

Während der Staatsanwalt der peinlichen Handlung mit der Ruhe und dem innerlichen Unberührtsein des an dergleichen Amtstätigkeiten gewöhnten Beamten folgte, ertrug der Untersuchungsrichter den schrecklichen Anblick nur mit Anstrengung. Er war entsetzlich bleich und nervös und er mußte sich wiederholt abwenden und seine ganze Willensstärke aufbieten, um sich aufrecht zu erhalten. Schließlich fiel das den anderen Herren auf.

„Sie sind wohl zum ersten Male bei einer Obduktion?" fragte der eine der Aerzte lächelnd.

Und als der Untersuchungsrichter mühsam bejahte, fügte er tröstend hinzu: „Na, beim nächstenmal werden Sie's besser überstehen."

Der Staatsanwalt forderte ihn auf, auf ein paar Minuten hinauszugehen und einen Kognak zu trinken. Doch Herbert Deinhard schüttelte mit dem Kopf und hielt wacker bis zum Schluß stand.

Als er zusammen mit dem Staatsanwalt den düsteren Raum verließ, sagte sein Begleiter: „A propos, ich wollte mir noch das Vergnügen machen, Sie persönlich zu morgen einzuladen. Sie wissen, wir feiern morgen die offizielle Verlobung. Meine Frau und ich rechnen darauf, lieber Herr Landrichter, daß Sie den Toast auf die Verlobten ausbringen."

Zehntes Kapitel.

Am Abend des nächsten Tages füllte eine fröhliche Menge das Speisezimmer der Sellingschen Wohnung. Nachdem der Braten serviert worden war, erhob sich Herbert Deinhard zu seiner Rede. Alle merkten ihm an, daß er von Anfang an mit einer großen Rührung und Erschütterung kämpfte. Als er von dem innigen Verhältnis sprach, das immer zwischen dem Bruder und ihm geherrscht habe, versagte ihm einmal die Stimme und die Tränen schossen ihm in die Augen. Ein paar peinliche Sekunden verstrichen, bis er sich wieder so weit gefaßt hatte, um weiter sprechen zu können. Er sprach nun in fast fieberhafter Erregtheit zu Ende. Als er sich an die Braut wandte, und von ihrer Pflicht sprach, dem Bräutigam auch die brüderliche Sorge, die in Zukunft nicht mehr über ihm wachen könnte, zu ersetzen, nahm seine Stimme etwas besonders Eindringliches an und seine Mienen wurden noch erregter. Alle atmeten auf, als er endlich mit dem Hochruf auf das Brautpaar schloß. Wer den Untersuchungsrichter weiter beobachtet hätte, hätte wahrnehmen können, wie sein Blick wieder und immer wieder sich auf die Verlobten heftete, wie der düstere, grübelnde Ausdruck seines Gesichts sich bei dem Anblick ihres Glückes erhellte und wie er sich förmlich labte an dem strahlenden, überglücklichen Aussehen des Brautpaares.

Gegen das Ende der Feier befand sich Herbert Deinhard in sehr animierter Stimmung. Die flammende Röte seiner Wangen und der feuchte Glanz seiner Augen bewiesen, daß er den trefflichen Weinen des Festmahles wacker zugesprochen hatte. Paul Deinhard war nicht wenig erstaunt, als er seinen Bruder nach Aufhebung der Tafel mit ziemlich unsicheren Schritten auf sich zukommen sah. Der ernste, ruhige Mann, der sonst die Mäßigkeit selbst war und das starke Trinken verabscheute, schien heute einmal eine Ausnahme gemacht und die Sellingschen Weine gründlich geprobt zu haben.

Als er der Braut die Hand geküßt hatte, sagte er lallend zu ihr: „Das müssen Sie mir versprechen, Hildegard, daß Sie ihn glücklich machen werden, das müssen Sie mir feierlich geloben."

„Aber das ist doch selbstverständlich", erwiderte die Braut lächelnd, im stillen ein wenig überrascht und peinlich berührt von seiner dringlichen Art. „Pauls Glück ist doch mein höchstes Ziel für alle Zukunft."

„Das ist es", sagte der halb Berauschte und in seinen unstät blickenden Augen prägte sich ein fast drohender Ausdruck aus. „Das sind Sie mir schuldig, Hildegard! Das fordere ich von Ihnen als Ihre heiligste Pflicht."

Paul Deinhard klopfte seinem Bruder beschwichtigend auf die Schulter.

„Nun ja — natürlich!" sagte er mit einem verstohlenen bittenden Blick auf seine Braut, die ganz erschreckt und betreten dreinsah. „Warum sollte Hildegard nicht. Mein Glück ist doch ihr Glück und umgekehrt. Das ist doch selbstverständlich."

Und als gleich darauf ein Gast an Paul heranträtt, raunte er seiner Braut entschuldigend zu. „Sei ihm nicht böse! Er ist nervös, überarbeitet. Die Bredesche Mordaffäre verursacht ihm viel Arbeit und Kopfzerbrechen. Es ist das erste Mal, daß er als Untersuchungsrichter amiert."

Paul Deinhard hatte nicht zuviel gesagt. Der Fall Wrede war in der Tat mit anstrengender, nervenangreifender Arbeit verknüpft. Am Tage nach der Verlobung hatte der Untersuchungsrichter die sämtlichen Bewohner des Hauses zu verhören, in dem der Mord stattgefunden hatte. Dabei ergaben die zeitraubenden Vernehmungen fast gar kein Resultat. Einen einzigen guten Fingerzeig gab eines der vernommenen Dienstmädchen. Um die Zeit gegen halb sieben Uhr abends pflegte der Zeitungsjunge zu kommen, um die Abendblätter abzugeben. Vielleicht könne der Herr Untersuchungsrichter von dem etwas erfahren.

Der betreffende Junge, ein Knabe von zwölf Jahren, wurde für den nächsten Tag vorgeladen. Seine Aussagen ergaben endlich etwas Neues. Es sei gegen halb sieben Uhr gewesen, so berichtete der Knabe, als er an dem fraglichen Abend den Hausflur des von dem ermordeten Assessor Wrede bewohnten Hauses betreten habe. Hier sei ihm ein Herr begegnet, der eilig an ihm vorbeigelaufen sei. Der Herr sei in solcher Hast gewesen, daß er ihn fast umgerannt habe. Daß der Fremde aus der Bredeschen Wohnung kam, könne er mit Bestimmtheit behaupten, denn, wenn er das auch nicht gesehen habe, so habe er doch die Tür zuklappen hören, die der Weg-

SLUB
Wir führen Wissen.